

Anfrage vom Stadtelternrat zur JHA Sitzung am 2. März 2022

1. Wie oft gab es eine Meldung der Unterschreitung der personellen Mindestbesetzung in Haaner Kitas? Welche Vorkommnisse führten zur Meldung?

Im genannten Zeitraum (01.08.2021 bis 31.01.2022) sind dem Jugendamt Meldungen gem. § 47 SGB VIII zur Kenntnisnahme zugegangen. Nicht alle Meldungen sind hier archiviert. Die Datenschutzgrundverordnung erlaubt nicht, dass vertrauliche Daten eines Trägers/einer Kita veröffentlicht werden. Die Rückfrage beim LVR hat ergeben, dass die Meldungen dort unter dem Aspekt der Einhaltung bzw. Unterschreitung der Personalverordnung geprüft werden. Diese sensiblen Daten können von einem Jugendamt nicht abgefragt werden. Eine Einschätzung für den JHA zu möglichen Hintergründen der Meldungen nach § 47 SGB VIII ist nicht zu veröffentlichen.

Im Meldeformular des LVR werden folgende Gründe für die Unterschreitung der personellen Mindestausstattung abschließend aufgeführt, bei denen auch eine Mehrfachnennung möglich ist:

- a. Ausfall wegen vakanter Stelle
 - b. Ausfall wegen Erkrankung
 - c. Ausfall wegen Zuordnung zur Risikogruppe (Corona-Pandemie)
 - d. Ausfall wegen Beschäftigungsverbot, Schwangerschaft, Mutterschutz
2. Wie wirkten sich diese Unterschreitungen konkret auf die vereinbarten Betreuungszeiten der Kinder aus? Wie viele vertraglich vereinbarte Stunden Betreuung konnten Eltern nicht in Anspruch nehmen (gesamt und prozentual)?

Die Auswirkungen auf die Betreuungszeiten der Kinder sind abhängig von den von der Einrichtung und ihrem Träger getroffenen individuellen Maßnahmen, zu der der Verwaltung keine Detailinformationen vorliegen.

3. Erhalten besonders betroffene Einrichtungen Beratungsangebote durch das Jugendamt und wie sehen diese aus?

Im Berichtszeitraum hat es bilaterale Gespräche zur individuellen Problematik zwischen Kitas bzw. Trägern und dem Jugendamt gegeben.

4. Ist es geplant, bei der Unterschreitung der Betreuungszeiten ab einem besonderen Schwellenwert die Elternbeitragspflicht zu mindern?

Bislang gibt es keine Planungen, die Elternbeitragspflicht zu mindern.